

litikwissenschaftlichen Spezialproblemen selbst beheben. Ungeachtet dieser abweichenden Präferenzen des Rezensenten kann *Werner Weidenfelds* Buch daher letztlich nur wärmstens als eine der besten und kompaktesten deutschsprachigen Einführungen in die komplexe Materie der EU empfohlen werden, das in dieser Rolle sicher schnell zu einem Standardwerk avancieren wird; das schnelle Erscheinen einer zweiten Auflage nur ein Jahr nach der ersten deutet dies bereits an.

Andreas von Staden

Politische Bildung

Lösch, Bettina, und Andreas Thimmel (Hrsg.). *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag 2010. 542 Seiten. 49,80 €.

Bettina Lösch und *Andreas Thimmel* veröffentlichen den vorliegenden Band mit dem ambitionierten Anspruch, die Notwendigkeit einer kritischen politischen Bildung zu verdeutlichen, grundlegende Themen der kritischen Gesellschaftstheorie für die politische Bildungsarbeit zu thematisieren, einen kritisch-reflexiven Blick auf die didaktische und pädagogische Praxis zu richten sowie den institutionellen Kontext politischer Bildung aufzuzeigen (7). Um es vorweg zu sagen: Obgleich dieser Anspruch nicht in Gänze erfüllt wird, handelt es sich um eine für den Diskurs in der politischen Bildung wichtige Publikation, die produktive Anlässe zur weiteren Auseinandersetzung um die Zweckbestimmung politischer Bildungsbemühungen im schulischen wie im außerschulischen Bereich bietet.

Das Verdienstvolle des Bandes wird in dem grundlegenden Aufsatz von *Gerd Steffens* hinsichtlich der Frage, ob kritisch-emanzipatorische Bildung einer Neubegründung bedürfe, augenfällig. *Steffens* konstatiert bei seinen Überlegungen darüber, ob die Politikdidaktik eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin sei, dass sich die universitäre Disziplin der Politikdidaktik sehr eng zu formieren suche, indem etwa ein didaktischer Fachverband (GPJE) den Anspruch erhebe, die „legitime kollektive Stimme der Disziplin zu sein“ (26), ein „weitgehend identische(r) Autorenkreis“ darum bemüht sei, „den Bestand an Themen, Perspektiven und Aussageformen zu normieren“, eine „Selbstkanonisierung“ dieses Kreises vor sich gehe und schließlich das „Maß an Selbstreferenzialität“ erreicht werde, das als „Zitierkartell“ angemessen zu beschreiben sei. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die Einwürfe *Steffens* an die – das wird im Subtext des Aufsatzes deutlich – vorgeblich unkritischen Vertreterinnen und Vertreter der Politikdidaktik im Einzelnen zu diskutieren, seine Kritik mag bisweilen sogar berechtigt sein. Bezeichnend ist jedoch, dass in dem vorliegenden Band die von *Steffens* beschriebenen Monita von den sich kritisch verstehenden politischen Bildnerinnen und Bildnern vielfach selbst repliziert werden. Was Not tut, ist offenbar eine Weitung der jeweiligen Perspektive der verschiedenen Ausrichtungen schulischer und außerschulischer politischer Bildung auf das gesamte Spektrum des politikdidaktischen Diskurses. Dazu könnte die vorliegende Publikation einen wichtigen Anstoß bieten.

Im ersten Kapitel werden Grundlagen und Erfordernis einer kritischen politischen Bildung zu begründen gesucht.

Das Themenspektrum reicht hier von „Emanzipation: Gesellschaftliche Veränderung durch Erziehung und politische Bildung – ein Rückblick auf eine nach wie vor aktuelle Leitidee“ von *Klaus-Peter Hufer* bis hin zu Überlegungen zu einem kritischen Demokratieverständnis für die politische Bildung von *Bettina Lösch*. Letztgenannte fordert ein erweitertes Demokratieverständnis für die politische Bildung, wobei es gelte, neue Formen der politischen Beteiligung und Bildung in die didaktische Gestaltung zu integrieren (125).

Im zweiten Abschnitt werden die kritischen Sozialwissenschaften als theoretische Bezugspunkte herangezogen, um die Bereiche Politik – Staat – Hegemonie, soziale Ungleichheit: Race – Class – Gender sowie Subjekt – Partizipation – Handlungsfähigkeit zu beleuchten. Instruktiv sind hier insbesondere – ohne damit die Qualität der anderen Beiträge mindern zu wollen – die Darlegungen von *Albert Scherr* hinsichtlich von Subjektivität als Schlüsselbegriff kritischer politischer Bildung. Subjektorientierte politische Bildung, so *Scherr*, verstehe Bildung als dialogischen Prozess, der darauf abziele, Selbstbildungsprozesse anzuregen, zu ermutigen, zu unterstützen und zu qualifizieren (310).

Der als „reflexiver Blick auf didaktische und pädagogische Praxis“ beschriebene darauffolgende Abschnitt geht so unterschiedlichen Fragen nach wie der Methodenwahl im Politikunterricht, der Beziehung zwischen politischer und ökonomischer Bildung bis hin zu der Frage, ob Orientierungskurse einen Beitrag zur politische Bildung für Migrantinnen und Migranten leisten können. Warum hier bestimmte didaktische Momente reflektiert werden

und andere nicht, erschließt sich der geneigten Leserin bzw. dem Leser nicht. Hier wird ein für den gesamten Band geltendes Manko deutlich, das mit dem Untertitel „Ein Handbuch“ in Zusammenhang steht: Die Publikation weist keine wie auch immer bestimmte und begründete Systematik auf, die den Anspruch der Bezeichnung „Handbuch“ gerechtfertigt hätte. Treffender und nachvollziehbar wären Untertitel wie „Bestandsaufnahme“, „Positionen“ o.ä. gewesen. So werden auch im abschließenden Kapitel über institutionelle Kontexte zwar wichtige Bereiche schulischer wie außerschulischer politischer Bildung umschrieben. Die Auswahl der institutionellen Kontexte, wie etwa die „globalisierungskritische und emanzipatorische Bildungsarbeit am Beispiel Attac“ von *Johanna Schreiber* und *Sabine Leidig*, erscheint jedoch bisweilen als arbiträr.

Gleichwohl können die hier vorgestellten Positionen der sich selbst als kritisch etikettierenden Autorinnen und Autoren einen belebenden Beitrag für die Auseinandersetzung mit Fragen des Was, Worum und Wozu politischer Bildung im schulischen wie im außerschulischen Bereich liefern. Eine Gefahr bleibt allerdings für den weiteren Diskurs anzuzeigen: Die Selbstzuschreibung *Kritische politische Bildung*, die prominent bereits im Titel des Bandes zum Ausdruck gebracht wird, vermittelt den Eindruck, als handle es sich bei den vorliegenden Arbeiten um eine spezifische, wissenschaftstheoretisch von der Frankfurter Schule bestimmten Ausrichtung innerhalb der scientific community politischer Bildung, welche sich dezidiert von „anderen Ansätzen“ (7) abgrenze. Zu fragen ist hier, ob diese anderen Ansätze dann als affirmativ, den bestehenden gesellschaft-

lich-politischen Status quo unkritisch stützend zu verstehen sein sollen. Diese Abgrenzung – hie vorgeblich kritisch, dort affirmativ oder ähnlich – gibt den gegenwärtigen Diskurs in der politischen Bildung nicht adäquat wieder und könnte letztlich zu einer Lagerbildung und Wagenburgmentalität führen, welche den Interessen schulischer und außerschulischer politischer Bildungsbemühungen in höchstem Maße abträglich wären.

Ingo Juchler

Historische Politikforschung

Pocock, John Greville Agard. *Barbarism and Religion. Volume V: Religion: The First Triumph*. Cambridge. Cambridge University Press 2010, 419 Seiten. £ 55/ 61,18 €.

Etwa fünf Jahre sind vergangen zwischen dem Erscheinen des vierten und des nunmehr vorliegenden fünften Bandes dieser Reihe, die das Alterswerk des mittlerweile über achtzigjährigen *John Pocock* darstellt: „Barbarism and Religion“, eine aufwendige Interpretation von Edward Gibbons „History of the Decline and Fall of the Roman Empire“. Mit dem Titel dieses Bandes: „Religion: The First Triumph“ ist der Aufstieg des Christentums zur Staatsreligion des römischen Reiches gemeint, die von Kaiser Konstantin (Flavius Valerius Constantinus) im vierten Jahrhundert eingeleitet wurde. Gibbon hatte sein Narrativ des Niedergangs des Römischen Reiches in der Zeit um 100 herum einsetzen lassen und es in den Kapiteln 3 bis 14 bis zur Herrschaft Konstantins vorangetrie-

ben, wobei er die Christen nur gelegentlich am Rande erwähnt hatte. An dieser Stelle seines Narrativs indes, an der Schwelle der Erhebung des Christentums zur römischen Staatsreligion, machte er einen Schnitt und beendete den ersten Band seines Werkes mit einem Rückblick auf die Entwicklung des Christentums vor seiner Erhebung zur Staatsreligion. Dieser Rückblick, in zwei Kapitel (15 und 16) gegliedert, besteht aus zwei Teilen: Erstens diskutiert Gibbon die Gründe für die Verbreitung des Christentums im Reich, seine Stärke, relativ zu den existierenden Religionen, und zweitens die wechselhafte Religionspolitik der Reichsführungen im Verhältnis zum Christentum, die Frage der Christenverfolgung. Da wir es in England im 18. Jahrhundert immer noch mit einer in starkem Maße religiös imprägnierten Gesellschaft zu tun haben, dürfte ihm klar gewesen sein, dass diese Kapitel auf besonderes Interesse stoßen und insbesondere vom Kleineren sehr genau inspiziert werden würden. Und es ist anzunehmen, dass er seine Formulierungen sorgfältig gewählt hat. Gleichwohl entzündete sich an diesen Kapiteln Kritik im Spektrum zwischen moderat-wohlwollend und denunziatorisch, und auf einige Aspekte dieser letzteren Art von Kritik hat Gibbon auch erwidert. Im Ergebnis haben diese Auseinandersetzungen, sicher gegen seine Intention, bei einer insgesamt positiven Rezeption das Bild Gibbons als eines „Deisten“ und Religionskritikers bestimmt.

Pocock seinerseits geht entsprechend seinem Verfahren in den früheren Bänden von „Barbarism and Religion“ auch in diesem Band so vor, dass er zunächst die maßgeblichen Quellen Gibbons in Augenschein nimmt, um dann zu analysieren, wie Gibbon mit diesem